Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3383**

15. Wahlperiode 17. 06. 2004

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael Goldmann, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/1825 –

Distanzierung der Bundesregierung von gesetzeswidrigen Zerstörungen von Freisetzungsversuchen mit gentechnisch veränderten Pflanzen

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael Goldmann, Ulrike Flach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/2352 –

Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Apfelsorten in Pillnitz und Quedlinburg durchführen

A. Problem

Zu Nummer 1

Nach Ansicht der Antragsteller wird unter Bezugnahme auf eine Pressemitteilung jährlich jeder fünfte Freisetzungsversuch zerstört oder beschädigt. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, sich unverzüglich und eindeutig von gesetzeswidrigen Aktionen gegen die Grüne Gentechnik zu distanzieren.

Zu Nummer 2

Das Institut für Obstzüchtung der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen hat zur Entwicklung von transgenen Apfelbäumen bereits Versuche im Gewächshaus, jedoch noch nicht, wie geplant, unter Freilandbedingungen durchgeführt. Mit ihrem Antrag fordern die Antragsteller die Bundesregierung auf, die Bundesanstalt für Züchtungsforschung anzuweisen, das Genehmigungsverfahren für die Durchführung dieser Versuche mit dem Ziel wieder aufzunehmen, den Versuch wie ursprünglich geplant in diesem Jahr zu beginnen.

B. Lösung

Einstimmige Ablehnung der Anträge auf den Drucksachen 15/1825 und 15/2352 bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme der Anträge auf den Drucksachen 15/1825 und 15/2352.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/1825 – abzulehnen,
2. den Antrag – Drucksache 15/2352 – abzulehnen.

Berlin, den 16. Juni 2004

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Helmut Heiderich
Berichterstatter

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Helmut Heiderich, Ulrike Höfken, Dr. Christel Happach-Kasan

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 89. Sitzung am 30. Januar 2004 die Anträge auf den Drucksachen 15/1825 und 15/2352 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Der Antrag auf Drucksache 15/1825 wurde zusätzlich an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die Fraktion der FDP wendet sich in ihrem Antrag gegen die Zerstörung von Versuchsflächen mit transgenen Pflanzen. Da diese Flächen auch mit öffentlichen Mitteln gefördert würden, seien die Zerstörungen auch vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage des Bundes weder für die Bundesregierung noch für den Steuerzahler akzeptabel. Sie fordert daher die Bundesregierung u. a. auf, die Zerstörung von Versuchsfeldern deutlich zu verurteilen und sich eindeutig für den im Grundsatz verankerten Schutz der Eigentumsrechte auch im Zusammenhang mit Versuchsfeldern, die dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen dienen, auszusprechen. Darüber hinaus wird gefordert, gemeinsam mit den beteiligten Pflanzenzuchtunternehmen und Landwirten wirksamere Maßnahmen gegen mutwillige Sachbeschädigungen zu entwickeln und im Dialog mit Greenpeace und anderen Organisationen, die in der Vergangenheit derartige Zerstörungen betrieben oder befürwortet haben, diesen den Wert solcher Versuche zur Risikoabschätzung und Wirkungsanalyse für die Verbraucher zu verdeutlichen.

Zu Nummer 2

Im Institut für Obstzüchtung der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen Dresden-Pillnitz wird seit einigen Jahren neben der konventionellen Züchtung die Möglichkeit verfolgt, mit Hilfe gentechnischer Methoden die Resistenz der Pflanzen gegen bakterielle und pilzliche Erkrankungen zu verbessern, um hohe Ertragseinbußen zu vermeiden. Im Rahmen der Entwicklung von transgenen Apfelbäumen wurden bereits Versuche in Gewächshäusern durchgeführt, für die nach Auskunft der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 15/2079) Finanzmittel in Höhe von 1,14 Mio. Euro aufgewendet wurden. In Dresden-Pillnitz und in Quedlingburg war geplant, gentechnisch veränderte Apfelbäume unter Freilandbedingungen zu testen. Die Zentrale Kommission für biologische Sicherheit, das Sachverständigengremium bei der Zulassungsbehörde Robert Koch-Institut, hatte über diese Versuche beraten und eine Genehmigung unter Auflagen empfohlen.

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, die Bundesanstalt für Züchtungsforschung anzuweisen, das Genehmigungsverfahren für die Durchführung des Freisetzungsversuchs von transgenen Apfelbäumen mit dem Ziel wieder aufzunehmen, die Versuche wie geplant in diesem Jahr zu beginnen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 10. März 2004, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner Sitzung am 24. März 2004, der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** sowie der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** und der **Rechtsausschuss** haben in ihren Sitzungen am 16. Juni 2004 jeweils mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP den Antrag abgelehnt.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 10. März 2004, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner Sitzung am 24. März 2004, die **Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit** und für **Gesundheit und Soziale Sicherung** haben in ihren Sitzungen am 16. Juni 2004 jeweils mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP den Antrag abgelehnt.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Anträge – Drucksachen 15/1825 und 15/2352 – in seiner 44. Sitzung am 16. Juni 2004 abschließend behandelt und einstimmig – bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP – empfohlen, die Anträge abzulehnen.

Die **Koalitionsfraktionen** wiesen in der mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts verbundenen Debatte auf die Regelungen dieses Gesetzentwurfs zu Auskunftsansprüchen aus dem öffentlichen Register und der glaubhaften Darstellung eines berechtigten Interesses für Auskünfte über personenbezogene Daten unter Ausschluss erkennbar illegaler Absichten hin.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass in Deutschland jeder zweite Freisetzungsversuch zerstört worden sei und forderte Regelungen für einen effektiven Schutz derjenigen, die sich für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen entschieden. Ebenfalls fehle es an Regelungen, die geeignet wären, in Deutschland unter Einsatz erheblicher öffentlicher Mittel erzielte Forschungsergebnisse zu verwerten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU** und **FDP** verließen wegen des zu kurzfristig vorgelegten umfangreichen Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts vor Abstimmung der Anträge auf Drucksachen 15/1825 und 15/2352 den Sitzungssaal.

Berlin, den 16. Juni 2004

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Helmut Heiderich
Berichterstatter

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333